

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telex: 886 846 ppbn  
Telefax: (0228) 9 15 20-12

## Inhalt

Rudolf Dreßler MdB zu den  
Konsequenzen der Bonner  
Spar- und Konsolidierungspo-  
litik: Eine Bonner Mogelpack-  
ung.

Seite 1

48. Jahrgang / 159

23. August 1993

### Eine Bonner Mogelpackung

Zu den Konsequenzen der Bonner Spar- und  
Konsolidierungspolitik

Von Rudolf Dreßler MdB  
SPD-Präsidiumsmitglied  
Bundevorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für  
Arbeitnehmerfragen in der SPD

Das Spar-, Konsolidierungs- und Wachstumsprogramm der Bundesregierung (SKWPG) ist eine Mogelpackung. Zum einen schöpft die Regierung vorhandene Einsparmöglichkeiten weder bei den steuerlichen Hilfen noch bei den offenen Finanzhilfen aus. Nicht einmal die Chancen für Einsparungen in den Bundesetats werden voll genutzt. Und nach Verbesserungen der Einnahmen des Bundes auf der Grundlage durchgängiger Bekämpfung der Steuerflucht oder durch Beseitigung schon traditionell steuerlich ungerechter Zustände beim Bodenwertzuwachs und bei der Erbschaft sucht man sowieso vergebens. Zum anderen werden die mit dem Programm verbundenen Sparziele aus gesamtstaatlicher Sicht nicht einmal erreicht. Bei gesamtstaatlicher Betrachtung reduziert sich das Einsparvolumen beträchtlich:

- im Jahr 1994 von angestrebten 25 Milliarden auf weit unter 20 Milliarden D-Mark;
- in den Folgejahren von 35 Milliarden auf eine Größenordnung von weit unter 30 Milliarden D-Mark.

Das ist eine vorsichtige Schätzung. Grund hierfür ist einerseits das Herauswerfen von bisher Berechtigten aus Lohnersatzleistungen und im Gegenzug zwingend folgender höherer Aufwand für Sozialhilfe; ein zweiter Grund ist die weitere drastische Verringerung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Auch dadurch werden Menschen auf die Sozialhilfe verwiesen, zu einem geringeren Teil auf die Arbeitslosenhilfe. Absehbar ist, daß Kürzungen von Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz auslösen werden. Was der Bundesfinanzminister einkassieren will, müssen die Kämmerer zu einem beträchtlichen Teil wieder drauflegen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus M217, 53113 Bonn  
Postfach 120408, 53046 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Umweltfreundlicher Umgang  
mit unseren Rohstoffen  
Recycling-Papier



Der Bundesfinanzminister verschweigt diese Konsequenzen keineswegs; er nimmt sie billigend in Kauf. Denn er will die Kommunen in einen geschlossen operierenden Geleitzug zur Verringerung der Daseinsvorsorge und zum Abbau sozialstaatlicher Leistungen zusammen mit Bund und Ländern zwingen. Aus reaktionärem Blickwinkel ist die dauerhafte Verringerung von Staatsausgaben eben nur durch Abbau von Vorsorge und Hilfe zugunsten der Normalbürger vorstellbar.

Eine weitere Konsequenz ist, daß die Kommunen ihre Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger entweder einschränken oder einstellen und teils zugleich verteuern werden. Die Verteuerung der Preise kommunaler Leistungen und die Anhebung von Gebühren ist freilich keine Konsolidierung. Die Sparaktion des Bundes diktiert den Kommunen eine noch schroffere haushaltspolitische Kehrtwendung auf als jüngste Steuersenkungsgesetze der Bonner Koalition und sowieso sinkende Steuereinnahmen erzwungen hätten.

Die Auswirkungen insgesamt sind standortschwächend, sogar Investitionsfreudlich, weil den öffentlichen Händen in der Krise genau das Gegenteil des Verhaltens aufgezwungen wird, das notwendig ist: Abbau von überholten Privilegien und unzulässigen Vergünstigungen bei gleichzeitiger Ausweitung der öffentlichen Investitionen. Die Politik der Kohl-Regierung ist im Kern und sachlich gesehen brünningscher Art. Sie ist ökonomisch krisenverstärkend und gesellschaftspolitisch destabilisierend. Insofern ist auch die Titulierung des Vorhabenpakets der Regierung als "Wachstumsprogramm" Teil der Mogelpackung.

#### Nachfragestützende Zeichen setzen

Dabei wäre es jetzt nötig - und auch möglich - auf Handlungsfeldern, die nicht oder nur in begrenzter Weise dem internationalen Preiswettbewerb ausgesetzt sind, deutliche investitionsfördernde und nachfragestützende Zeichen zu setzen. Ich nenne beispielhaft:

- die Verbesserung der Infrastruktur hin zu ökologisch akzeptablen Zuständen (ein wesentlicher Standortfaktor);
- die Verbesserung der Energieeinsparung bei Gebäuden (sparsamer Umgang mit Ressourcen und vorbildliche Umweltstandards gehören auch zu den Standortfaktoren);
- ein über Jahrzehnte hinweg wirkendes Investitionsprogramm zur Aufnahme und zur modernen elektronischen Leitung größerer Gütermengen durch die Bahn (auch ein Standortfaktor);
- strikte staatliche Verbrauchsaufgaben für Automobile mit Terminsetzung;
- die Verbesserung der Ausstattung von Ämtern und Behörden mit modernen Datenübermittlungs- und Kommunikationseinrichtungen.

Ein solches auf Investitionen zielendes Maßnahmenbündel ist realistisch und machbar. Die Konsequenzen der bornierten Sparpolitik der Bundesregierung weisen jedoch in eine völlig andere Richtung.

Wie lässig die Koalition selber mit den vom Bundesfinanzminister aufgestellten Spar- und Konsolidierungszielen umgeht, zeigen die jüngsten Forderungen des FDP-Präsidenten Rexrodt, der zugleich Wirtschaftsminister der Regierung ist. Er forderte, binnen weniger Jahre die grundsätzliche Absenkung der Spitzensteuersätze auf 44 oder 42 Prozent. Eine Kompensation für die dadurch bewirkten Steuerausfälle verschwieg Minister Rexrodt freilich. Er meint wohl, kreditfinanzierte Steuersenkungen könnten rasch wirkende Investitionsanstöße ersetzen. Offenbar als Antwort auf Rexrodts und der

FDP-Forderungen nach einem steuerpolitischen Kahlschlag gemünzt wiesen Unions-Vertreter nun darauf hin, daß es Ziel der Regierung bleibe, die Nettokreditaufnahme des Bundes mittelfristig auf Null herunter zu fahren. Das ist ebenso unsinnig und illusorisch wie der FDP-Vorstoß zur generellen Senkung der Spitzensteuersätze.

Jeder kann sich angesichts dieser Forderungen und Positionen selber ein Bild und einen Reim auf die Diskussionslage in der Bonner Koalition machen und darauf, wie wenig sachverständig dort Politik vorbereitet wird.

Eine weitere Konsequenz der Regierungs-Vorhaben: Zur Zeit werden in krisengeschüttelten Branchen vielfach Sozialpläne praktiziert und erarbeitet, um vor allem älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Erfahrung zu ersparen, sich wenige Jahre vor der Verrentung ohne Chance auf Vermittlung dem Arbeitsamt zur Verfügung halten zu müssen. In solchen Sozialplänen ist die längerfristige Zahlung von Arbeitslosenhilfe als feste, unverzichtbare Größe eingepplant. Die zeitliche Beschränkung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre macht solche Sozialpläne zu Makulatur.

Denn die Eingrenzung der Arbeitslosenhilfe auf maximal zwei Jahre wird dazu führen, daß viele ältere Beschäftigte das "rettende Ufer der Verrentung" nicht mehr erreichen können, ohne zum Ausklang eines oft langen Arbeitslebens mit der Sozialhilfe Bekanntschaft gemacht zu haben. Es kann nicht der Sinn deutscher Sozialpolitik sein, im staatlichen Bereich Beschäftigungsprobleme durch kostspielige Frühpensionierungen zu lösen, aber ältere Beschäftigte aus der Privatwirtschaft vor der Verrentung von der Sozialhilfe abhängig zu machen. Die Bereitschaft, Sozialpläne für Ältere überhaupt noch zu vereinbaren, wird daher in den Belegschaften drastisch abnehmen. An die Stelle der sozialen Flankierung bis zur Verrentung werden im Endeffekt zunehmende Armut und Enttäuschung treten.

Ich kann mir nur schwer vorstellen, daß die Bundesregierung diese Konsequenz durchdacht hat.

Die OECD hat zudem dieser Tage erklärt, in Deutschland seien 1994 jahresdurchschnittlich 3,7 Millionen und in der Spitze 4,2 Millionen Arbeitslose zu erwarten. Die Finanzplanung der Regierung ist auf eine derartig düstere Entwicklung im kommenden Jahr nicht eingestellt. Es werden erneut Löcher in den Haushalten des Arbeitsministers und der Bundesanstalt für Arbeit klaffen. Wird daher eine weitere bittere und zugleich gesamtstaatlich mehr als zweifelhafte "Sparoperation" vorbereitet werden? Glaubt die Bundesregierung gar die Zeit sei so reif, daß die Arbeitnehmerschaft bereit sein würde, unter dem Druck der systematisch verschlechterten Lohnersatzleistungen in den Tarifrunden '94, '95 und '96 auch noch auf maßvolle Forderungen zu verzichten?

Unser Land braucht daher zusätzlich zu einem beschäftigungsfördernden Investitionsprogramm wirksame Maßnahmen, um den Arbeitsmarkt stärker zu entlasten. Hierzu zählen Altersübergangsgelder für jene Beschäftigte, die vom Strukturwandel durch Arbeitsplatzverlust betroffen sind. Hierzu zählen mehr Arbeitbeschaffungsmaßnahmen unkonventioneller Art, Rechtsanspruch für Langzeitarbeitslose auf Teilnahme an Beschäftigungsmaßnahmen und Lohnkostenzuschüsse für auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligte sowie vielfältige Hilfen für sehr schwer vermittelbare Arbeitsuchende. Bereits zur Jahresmitte '93 waren die Mittel für Sonderprogramme zugunsten dieser Personengruppen ausgeschöpft. Es müssen in der aktuellen Situation wenigstens die Mittel für diese Gruppen soweit aufgestockt werden, daß alle in Frage kommenden berücksichtigt werden können.

**Bundesregierung führt gesellschaftlichen Notstand herbei**

Ohne Kurswechsel verstärkt die Bundesregierung jedenfalls zu Lasten der Beschäftigten und der Arbeitssuchenden den sozialen und materiellen Druck in der ökonomischen Krise. Die Regierung führt bewußt einen Zustand herbei, der nur noch als gesellschaftlicher Notstand bezeichnet werden kann.

Wie widersprüchlich Bundesregierung und die sie tragende Koalition verfahren, wird an folgendem deutlich. Am 29. Juni wurde von der Mehrheit im Bundestag beschlossen: "Öffentliche Investitionen sollen so weit wie möglich vorgezogen werden". Am 30. Juni beschloß die Koalitionsmehrheit im Haushaltsausschuß des Bundestages hingegen, die Planung von Neu-, Ersatz- oder Erweiterungsbauten zu stoppen und begonnene Maßnahmen zeitlich zu strecken. Davon betroffen sind allein 26 dringend notwendige bauliche Maßnahmen an Arbeitsämtern. Andererseits will der Bundeskanzler die Wahlbürger 1994 durch eine neue Regierungs-Publikation ("Journal für Deutschland") mit einer Auflage von sechs Millionen Exemplaren und für 3,2 Millionen D-Mark beglücken.

Ich bemerke nur nebenbei, daß die SPD nicht bereit sein wird, der Union als Steigbügelhalter aus einer selbstverschuldeten, schlimmen Lage zur Verfügung zu stehen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, daß die Koalitionsfraktionen in Bonn mit ihrer Mehrheit etwas Vernünftiges anfangen.

Ich bekräftige daher: Notwendig und machbar ist jetzt ein Investitions- und Beschäftigungspakt zwischen Unternehmen, Gewerkschaften, staatlicher Exekutive und Bundesbank. Das darf freilich keine weitere Pauschrunde auf dem Kanzlersofa sein. Was dabei herauskäme, wäre abzusehen. Schon vor über einem halben Jahr haben die deutschen Banken und das Versicherungsgewerbe dem amtierenden Bundeskanzler zugesagt, in den neuen Ländern jeweils eine Milliarde D-Mark für den Aufbau zur Verfügung zu stellen. Die Banken haben noch keine einzige D-Mark lockergemacht, das Versicherungsgewerbe bisher wenigstens ein Viertel der Summe für den Wohnungsbau aufgebracht. Ein Skandal bleibt dies so oder so, es ist ein Vorgeschmack auf die Sitten, die einreißen, wenn Vertrauen und Kooperationsbereitschaft nicht eingefordert und praktiziert werden.

Es muß eine feste Verabredung mit Unternehmenszusagen über wachsende Neueinstellungen und höhere Investitionen geben. Die Gewerkschaften sind nach meiner Auffassung längst bereit, sich über die Fortentwicklung gesamtwirtschaftlich vernünftiger Entgelt- und Arbeitszeitregelungen zu verständigen. Namhafte Gewerkschafter signalisieren Bereitschaft zur Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Es wird allerhöchste Zeit, daß die Regierung die solchen Signalen zugrundeliegende Kooperationsbereitschaft auslotet. Die Bundesbank kann nach der materiellen Beerdigung des Europäischen Währungssystems ihre binnenwirtschaftliche Rolle als Stütze von Wachstum und Beschäftigung ungehindert ausüben. Und der Staat muß sich festlegen, welche Innovations- und Investitionsfördernden Ziele mit Beschäftigungswirkung er durch Anreize in den kommenden Jahren zu verfolgen gedenkt. Der Staat muß gleichzeitig offenlegen, wie die Finanzpolitik in den nächsten Jahren aussehen wird, wer Erleichterungen zu erwarten hat oder wer mit Belastungen rechnen muß.

Die Politik insgesamt muß bereit sein, mit den Verantwortlichen in Unternehmen und Verbänden unvoreingenommen über alle Hemmnisse zu reden, die von Akteuren genannt werden. Die SPD jedenfalls ist nach wie vor bereit dazu.

Erschreckend an der heutigen Situation ist ja nicht allein die soziale Dimension der Krise in Deutschland. In gleicher Weise erschreckt, wie grotesk uneinsichtig, planlos und unkooperativ die Bundesregierung auf die Krise reagiert. Es wird lange dauern, bis die sozialen Konsequenzen der Massenarbeitslosigkeit halbwegs erträglich geworden sind.

\*\*\*\*\*

(-/23. August 1993/rs/ks)